

EBUND-DOSSIER: ABSTIMMUNG

Absage ans SVP-Trittbrett**FDP und CVP gehen in der Migrationspolitik nach der Abstimmung auf Distanz zur SVP**

Die SVP hat der Debatte übers Asyl- und Ausländergesetz den Stempel aufgedrückt. Jetzt wollen sich die Mitstreiterinnen FDP und CVP aus dem SVP-Windschatten lösen: Sie fordern eine bessere Integrationspolitik.

Führten SVP, CVP und FDP eigentlich einen gemeinsamen Abstimmungskampf? Ja, aber er dauerte nur knapp 30 Minuten. Er beschränkte sich auf einen einzigen gemeinsamen Medientermin im Juli, an dem Ueli Mauer (svp), Fulvio Pelli (fdp) und Bruno Frick (cvp) erklärten, die Parolen ihrer Parteien seien identisch. Damit war der gemeinsame Nenner bereits abschliessend umrissen. Und in der Folge dominierte in der öffentlichen Debatte über die beiden Vorlagen nur noch eines: die Argumentation der SVP.

Auf den Zweikampf reduziert

«Stimmt», sagt FDP-Pressesprecher Christian Weber. In der Öffentlichen sei das Thema weitgehend «auf einen personifizierten politischen Zweikampf zwischen Christoph Blocher und Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss» reduziert worden. Freilich finden die Freisinnigen keinen Gefallen an der Vorstellung, als eine in Sachen Migrationspolitik im Windschatten der SVP politisierende Kraft wahrgenommen zu werden. Sie beeilt sich darum, die Abgrenzung in diesem Dossier wieder stärker zu betonen.

FDP lanciert Integrationsgesetz

Eile heisst hier, dass der freisinnige Glarner Ständerat Fritz Schiesser gestern – keine 24 Stunden nach dem Volksverdikt zum Asyl- und Ausländergesetz – ein umfassendes Rahmengesetz auf Bundesebene über die Integration eingefordert hat. Schiessers Motion verfolgt zwei Ziele. Einerseits verlangt die FDP, dass die Integration der Zugewanderten künftig zur «gesellschaftlichen und staatlichen Kernaufgabe» wird. Gute Integration sei nämlich «Investition in das Potenzial der Migrationsbevölkerung». Zudem müsse gute Politik in diesem Bereich mehr beinhalten, als blosse «Arbeitskräftesteuerung». Andererseits ist die rasche Alimentierung der politischen Agenda mit eigenen Themen ein Teil der verstärkten Abgrenzung zur SVP in der Nach-Abstimmungszeit. Sobald die bereits Anfang Jahr von den Delegierten beschlossene freisinnige Migrationspolitik wieder zur Kenntnis genommen werde, werde klar, dass die FDP für eine wirksame Entwicklungshilfe, für friedensichernde Einsätze der Armee im Ausland, für den freien Personenverkehr mit den neuen EU-Staaten einstehe. Das seien deutlich sichtbare Gegensätze zur Politik der SVP, sagt Weber.

Gehe es um die längerfristigen Perspektiven, seien die Differenzen sogar überdeutlich. Das Nebeneinander der Religionen stelle die FDP im säkularen Staat Schweiz in keiner Weise in Frage. Als Mitstreiterin in dem bereits angekündigten Kampf der SVP gegen «Islamisierung der Schweiz» könne sie sich nicht empfehlen. Hingegen spricht sich die FDP in einem verabschiedeten Positionspapier für das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene aus.

CVP unterstreicht die Distanz

Und wann und wie beendet die CVP die asylpolitische Trittbrettfahrt? So gestellt erachtet CVP-Präsident Christophe Darbellay die Frage als «jenseits von gut und böse». Wenn die SVP politisch Kapital aus der Abstimmung habe schlagen können, dann heisse das noch lange nicht, dass dies inhaltlich gerechtfertigt sei. Der Inhalt der Gesetze entspreche gar nicht dem Wunschkatalog der SVP: «Wir erachten sie als ausgewogen, weil etliche weitergehende Forderungen der SVP eben gerade nicht mehr drin sind.» Die CVP im migrationspolitischen Windschatten der SVP zu sehen, sei spätestens beim Stichwort Muslime besonders absurd, unterstreicht Darbellay. Mit ihrem Positionspapier über Identität und Religionsfreiheit am Beispiel der Musliminnen und Muslime der Schweiz habe sich die CVP längst schon ganz anders positioniert als die SVP. Ausgangspunkt der Politik müsse die Erkenntnis bilden, «dass wir die ausländische Bevölkerung brauchen». Viel entscheidender als im Asyl- und Ausländerrecht neue Baustellen aufzureissen, sei somit jetzt, sehr rasch eine sehr konkrete, aktive Integrationspolitik umzusetzen. Die Vermittlung von Sprachkompetenz für Zugewanderte sei besonders vordringlich. Darbellay: «Man darf jetzt nicht länger Wasser predigen und Wein trinken.»



Die FDP fordert eine aktivere Integration jener Ausländer, die in der Schweiz leben. / Express

Neu in Inland & Ausland:

Nicht EU-kompatibel

Das neue Schweizer Asylgesetz, das vom Stimmvolk am Sonntag gutgeheissen wurde, ist unvereinbar mit EU-Recht. Dies erklärte gestern der Sprecher von EU-Justizkommissar Franco Frattini auf eine Journalistenfrage. Fehlende Identitätspapiere sind im Unterschied zur Schweiz gemäss EU-Vorschriften kein Grund, um nicht auf Asylbegehren einzutreten. Kann der Asylbewerber keine Identitätspapiere vorweisen, sind die EU-Staaten gemäss den 2007 in Kraft tretenden einheitlichen Regeln über die Asylverfahren nur berechtigt, das Verfahren zu beschleunigen.

Trotz Beitritt zum Schengen-Dublin-Abkommen gilt das EU-Asylrecht allerdings nicht für die Schweiz. Der Sprecher von Justizminister Frattini betonte denn auch, dass die EU-Kommission das Abstimmungsergebnis in der Schweiz nicht kommentiere. «Die Schweiz kann ihr Recht gestalten, wie sie will», erklärte er. Die EU versucht schrittweise ihr Asylrecht zu harmonisieren, wobei auch den EU-Staaten ein gewisser Spielraum verbleibt.

Probleme in der Praxis

Im Dublin-Abkommen, dem die Schweiz frühestens 2008 beitreten kann, ist unter anderem geregelt, dass dasjenige Land ein Asylverfahren durchführen muss, bei dem der Asylbewerber zuerst anklopft. Die unterschiedliche Rechtslage könnte unter Umständen zu praktischen oder politischen Problemen führen. So stellt sich die Frage, was mit einem Asylbewerber passiert, der in der Schweiz mangels Papieren ausgewiesen wird und der es anschliessend in einem EU-Land versucht. Laut Auskunft des Sprechers von Frattini müsste die Schweiz gemäss den Dublin-Regeln den Asylbewerber zurücknehmen und ein Asylverfahren durchführen. Dominique Boillat, Sprecher vom Bundesamt für Migration, betont dagegen, dass das Asylrecht nicht Schengen-relevant ist, das heisst, dass die Schweiz autonom bleibt. Für die praktische Durchführung von Dublin müssten erst die genauen Vorschriften abgewartet werden. In der Praxis sei zudem der Unterschied zwischen der sofortigen Abweisung mit verschiedenen Ausnahmen in der Schweiz und dem beschleunigten Verfahren, wie es etwa von Holland praktiziert wird, nicht so gross.

Flüchtlingsorganisationen befürchten denn auch, dass die scharfen Vorschriften in der Schweiz von den EU-Ländern nachgeahmt werden. *(Marianne Truttman, Brüssel)*

EXTRA

Kritik aus dem Ausland

Das klare Ja zum verschärften Asyl- und Ausländerrecht hat auch im Ausland für Schlagzeilen gesorgt. Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» schrieb, dass die Schweiz eines der rigidesten Gesetze Europas erhalten werde. Die «Süddeutsche Zeitung» kommentierte, dass sich die Schweiz in die Reihe jener Nationen Europas einfüge, die vor allem auf Abschottung setzten. «Die Schweiz verriegelt die Türe für nichteuropäische Ausländer», lautete der Titel der Pariser «Liberation». Auch der «Figaro» berichtet ausführlich über den Abstimmungsausgang und liess Alt-Bundesrätin Dreifuss zu Wort kommen.

Beim TV-Sender «BBC World» strich man die Bedenken des Uno-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) hervor. (sda/ap)